

Ein deutsches Mittel- oder Kerneuropakzept im Sinne einer fest umrissenen, nur in Nuancen veränderbaren außenpolitischen Strategie gibt es nicht. Die Länder, die man jeweils unter Mitteleuropa zusammenfasste, wie auch die Vorschläge, wie sich Deutschland ein Mitteleuropa zunutze machen sollte, waren einem steten Wandel unterworfen – die Konzepte wurden den jeweiligen Bedingungen und Notwendigkeiten angepasst. Diese außenpolitischen Leitlinien waren also, anders als von ihren Trägern behauptet, in keinsten Weise „naturgegeben“, sie hatten vielmehr einen rein funktionalistischen Charakter für die Stärkung der deutschen Machtposition. Ein Axiom ist allerdings allen Mitteleuropavisionen gemeinsam: Weil Deutschland in der Mitte Europas liege, so heißt es, sei es gezwungen aber auch verpflichtet, in diesem „Raum“ tragende (wo man sich deutlicher zu werden traute: führende) Aufgaben zu übernehmen.

Ich will im Folgenden den außenpolitischen Nutzwert dieser Strategien beleuchten und werde mich dabei auf die „harmlos“, konzilient (danke R.) daherkommenden Varianten konzentrieren. „Harmloser“, das sind jene Konzepte, die darauf verzichteten, zu allererst auszubreiten, welche Landstriche und Staaten zu erobern und Deutschland einzugliedern seien, welche weiteren Staaten man für seinen Wirtschaftskreislauf zurichten werde. Es geht mir heute um die Ausarbeitungen, die einen betont friedlichen, freiwilligen Zusammenschluss der mitteleuropäischen Staaten auf wirtschaftlicher, z.T. auch auf politischer Ebene anrieten. Übrigens stand auch hier immer fest – explizit formuliert zumeist, zwischen den Zeilen ‘rauszulesen immer –, dass Deutschland dabei die Führungsrolle zukomme. So „harmlos“ war man dann doch nicht!

Aktuell verfolgt Deutschland eine gemäßigte Variante (obwohl mittlerweile vielleicht eine Diskussion lohnt, inwiefern sich ein Umschwung abzeichnet). Die Geschichte hat die aggressiven Umsetzungsversuche eines Mitteleuropakonzepts schlussendlich als schädlich für die Interessen des deutschen Kapitals herausgestellt. Die derzeitige, den „Partnern“ Gleichberechtigung und Kooperation suggerierende, jahrzehntelang aber auch tatsächlich einräumende Variante hat es Deutschland hingegen ermöglicht, zusammen mit Frankreich die Führungsmacht der EU zu werden, einem imperialistischen Block mit wachsendem welt-

Kerneuropastrategien des deutschen Kapitals

Am 24. Januar fand in Köln die jährliche Tagung der Antifaschistischen Nachrichten statt. Sie beschäftigte sich in diesem Jahr mit den Themen „EU, ‚Kerneuropa‘ und Osterweiterung“. Wir veröffentlichen im Folgenden das Referat von Frank Pieper, in AN 4-2004 folgt Jörg Kronauers Referat zur EU-Osterweiterung.

weiten Einfluss, der trotz interner Reibereien den USA zunehmend Paroli bieten – oder dies doch für die Zukunft in Aussicht stellen kann.

■ Kaiserreich

Die im Kaiserreich üblichen außenpolitischen Zielstellungen (Erwerb überseeischer Kolonien und eine Reichsausdehnung nach Ost- und Südosteuropa) stellen keine Bündnisstrategie gegenüber den Nachbarstaaten dar, denn ihrem Charakter nach waren sie gegen genau diese Staaten gerichtet. Eine Kräftebündelung oder auch nur einen gemeinsamen Wirtschaftsraum in Zentraleuropa hatten die deutschen Expansionisten

das politische. Die erwartete deutsche Dominanz drückt sich nur ganz nebenher aus, wenn es heißt: „Wir brauchen Land dieser Erde.“

Allerdings war das Kaiserreich aufgrund seiner festen Überzeugung von der eigenen wirtschaftlichen und militärischen Superiorität zu solch einer Strategie überhaupt nicht in der Lage. Dennoch fand sich der Gedanke eines zentraleuropäischen Wirtschaftsraums auf vielen Kriegsergebniswunschkzetteln – wobei auf die Freiwilligkeit des Mittuns anderer Staaten verzichtet wurde. Kanzler Bethmann Hollwegs Punkt 4 der Kriegszieldenkschrift ist geeignet, den Kontrast zwischen einem sich versöhnlich gebenden und einem aggressiven Mitteleuropakzept zu veranschaulichen: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes ... Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“ Da erscheint ein Friedrich Naumann, der während des Kriegs für eine Bündnisstrategie eintrat, geradezu als kluger Kopf.

Auch hier geht es um eine weltpolitische Machtposition. Im Ringen der „Menschheitsgruppen, die über das nationale Maß hinausgehen, um die Führung der Menschheitsgeschichte und um den Ertrag der Menschheitsarbeit ... meldet sich Mitteleuropa“. Mitteleuropa „sollt ihr als eine Einheit denken, als ein vielgegliedertes Bruderland, als einen Verteidigungsbund, als ein Wirtschaftsgebiet!“

Selbst regionale Besonderheiten in Religions- und Verfassungsfragen wollte er akzeptieren. Es gelte die „richtige Mischung von Einheitszwang und Freiheitsgewährung“ zu finden, aber „der Großstaat (erwächst) aus der führenden Nation und den begleitenden Völkern“.

Natürlich ist das in der Zielsetzung durchaus nichts anderes als die Absichten der aggressivsten Teile des deutschen Imperialismus: Die deutsche Herrschaft über Europa und vermittels dessen über die ganze Welt! Es bietet aber den gewünschten „Partnern“ etwas an, statt mit kompletter Unterjochung zu drohen. Es ist beweglicher und hätte wo-



10 000 protestierten am 7.2.04 in München gegen die NATO-Kriegspolitik

verbaut. Von den relevanten außenpolitischen Ideen aus beurteilt, erscheint der Weg in den 1. Weltkrieg geradlinig.

Die Vorschläge Walther Rathenaus von 1913 klangen da ganz anders (und hieran lässt sich der potentielle Nutzen bündnisfähiger Mitteleuropastrategien erläutern):

Deutschland mangle es an Rohstoffen, aber auch die Ernährung seiner Bevölkerung sei dauerhaft kaum eigenständig zu gewährleisten. Andererseits sei die Zeit der großen (überseeischen) Eroberungen vorbei. Stattdessen biete sich aus deutscher Sicht eine „wirtschaftliche Freizügigkeit“ für die „Länder unserer europäischen Zone“ an. Solch „eine wirtschaftliche Einheit“ könne der „amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen“ sein. Das wirtschaftliche Zusammenwachsen befördere dann auch

möglich mehr Erfolg gehabt als die Regierungspolitik. Aber erklär' das einer mal Willem Zwo!

■ Weimar und „3. Reich“

Hier hätte ein modifiziertes Mitteleuropakonzept einmal die Funktion eines Türöffners spielen können, das heißt Deutschland wieder zurückzubringen in die „Völkergemeinschaft“. Die internationale Ächtung nach dem verlorenen Weltkrieg hätte Deutschland nur beheben können mit einer Geste der Schuld-einräumung, vor allem aber mit der erklärten Bereitschaft, anderen Europäern künftig ein fairer Partner sein zu wollen. All das war nach 1918 nicht möglich. Nur gezwungenermaßen ertrug man „Versailles“. Außenpolitisch orientierte man sich nicht auf Ausgleich und Verständigung mit den Nachbarn, sondern forderte Revanche.

Entsprechend blieben Mitteleuropakonzepte, die die Freiwilligkeit einer Staaten-Partnerschaft zumindest behaupteten, Randerscheinungen in der Debatte und seien daher nur anhand Coudenhove-Kalergis, des Gründers der „Paneuropäischen Union“, kurz vorgestellt:

Ansatzpunkt, gewissermaßen auch Köder, war ihm (wie der PEU noch heute) der Antikommunismus. Es drohe eine Eroberung durch Rußland. Einzige „Rettung: der europäische Zusammenschluß“; zunächst über einen Zoll- und Wirtschaftsverband.

Erwähnt sei vielleicht noch, dass sich in den späten 20ern Vereinigungen bildeten, in denen auch schon von der Gründung eines europäischen Kernblocks, der nach und nach andere Staaten anzöge, fabuliert wurde. Doch die politische Gemengelage stand jeglicher Realisierung entgegen.

Dies änderte sich 1933, allerdings nicht zugunsten der gemäßigeren Varianten deutschen Hegemoniestrebens in Europa. Die vorbereiteten Mitteleuropakonzepte konnten gut in den deutschen Raubkrieg eingebunden werden, insbesondere die Planer einer deutschen Nachkriegsordnung aus den Wirtschaftswissenschaften und den Konzernetagen griffen gern auf sie zurück. Und sie hatten einen Vorteil: Ob die anderen Staaten mitmachen wollten, wäre im Falle eines gewonnenen Krieges komplett irrelevant gewesen. Weitgehend bekannt ist die Konzeption der konzentrischen Kreise, nach der sich um das ökonomische Kernland Deutschland abhängige Gebiete legten, denen im Rahmen einer großraumwirtschaftlichen Arbeitsteilung „Aufgaben zur gemeinschaftlichen Versorgung“ zugewiesen würden (Oesterheld).

Dass an dieser Großraumwirtschaft teilnehmende Staaten nicht irgendwann ausscheren würden, wäre nicht allein



eine Frage militärischer Macht des „3. Reichs“ gewesen, sondern auch der vollständigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der einzelnen Nationalökonomien vom deutschen Kernland.

■ BRD

Die Nützlichkeit einer Europapolitik, die auf Verständigung setzt, ohne dabei die eigenen imperialistischen Interessen aus den Augen zu verlieren, zeigt sich an der Geschichte der BRD. Man kam aus einem Stadium der internationalen Ächtung, wurde rasch als geläuterter Partner wieder akzeptiert, erwarb zunehmende ökonomische Macht und drang auf mehr politischen Einfluss. Spätestens mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und der Annexion der DDR wurden deutsche Herrschaftsansprüche zunehmend unmissverständlicher angemeldet, insbesondere da jetzt erst ein eigentliches Mitteleuropakonzept wieder möglich wurde. Die EU-Erweiterung ist der einstweilige Höhepunkt dieser Entwicklung. Im einzelnen:

Das erste außenpolitische Ziel Westdeutschlands war es, in die westliche „Wertegemeinschaft“ aufgenommen zu werden. Dem kam der Kalte Krieg zugute: Man konnte die BRD als Frontstaat gegen den „kommunistischen“ Staatenblock brauchen. Somit wurden etliche Konsequenzen aus dem 2. Weltkrieg schnell beiseite geschoben: Bald hatte die BRD wieder eine komplette Großindustrie, von Entflechtung oder Démonopolisierungen war keine Rede mehr, und sogar die Remilitarisierung ging nach einer Schamfrist durch. Kernstück dieser Politik war die Integration der BRD in die Gemeinschaft westeuropäischer Staaten. Diese Europäer sollten sich zu gemeinsamem Vorteil und zur Abwehr des Kommunismus zusammenschließen, dies war die neue Europa-Idee. Wenn man so

will, wurden erstmals die Ideen Rathenaus oder Naumanns umgesetzt, wenn's zunächst auch nur das halbe Europa sein konnte.

Die „europäische Idee (hat) ihren stärksten Rückhalt in der Bundesrepublik und im ganzen deutschen Volk“, denn darüber könne man „der übrigen Welt (...) zeigen, daß wir von einem Wahn geheilt sind und unsere ganze Sehnsucht danach geht, uns wieder friedlich einzugliedern in den Kreis der demokratischen und gesitteten Welt“. (Erhard)

Westdeutschland erstarkte einerseits ökonomisch, wofür der Topos des „Wirtschaftswunders“ steht. Zugleich war die BRD nicht mehr bloß Bittsteller seinen Nachbarn gegenüber, sondern sukzessive einflussreichere und unverzichtbare Kraft und also selbstverständlich an der Gründung von Montanunion und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beteiligt.

Die EWG erwies sich als das ideale Mittel, um den westdeutschen Einfluss zu vergrößern. Sie war aber auch der Prototyp für ein zu einigendes Europa, nur dass Europa bereits an der Elbe endete. Bereits 1961/62 wurde auf deutsches Betreiben versucht, eine politische europäische Union zu bilden, die neben einer Kultur-, v.a. eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik hätte betreiben sollen. Heraus kam der Elysée-Vertrag, der Grundstein für die jetzige deutsch-französische Achse.

Nebenbei bemerkt: Die französische Haltung zur BRD hatte sich um 180 Grad gewandelt. Vom Bestreben, Deutschland politisch vollständig auszuschalten und wirtschaftlich zu isolieren, hin zum ersten Partner in Europa und bei den französischen Eigenständigkeitsbestrebungen gegenüber den USA.

Nach und nach wuchs der westdeutsche Anspruch nicht mehr nur auf Mitsprache, sondern auf eine Führungsrolle. Jetzt wollte man mehr.

„Der Auftrag“ der BRD, so Erhard 1964, „ist ... auf den ganzen Kontinent“ gerichtet. Auf Dauer müsse „Europa“ den USA ein „ebenbürtige(r) Partner“ werden. Die sozialliberale Koalition betrieb die Adenauer/Erhard'sche Europapolitik weiter. Zum einen wurde man nicht müde, den gleichberechtigten Charakter der Zusammenarbeit zu betonen, zum anderen sollten eigene Ansprüche forciert werden.

Das Ziel war eine Kräftebündelung, um „die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft nach außen (zu) stärken und weiter(zu)entwickeln. ... Nur gemeinsam kann Europa seine Interessen in der Welt wahrnehmen.“ (Genscher)

Die EWG/EG hatte noch nicht die Kraft, abseits stehende Staaten in ihre

„Gemeinschaft“ zu zwingen, man musste schon etwas bieten. Der größte Erfolg dieser Jahre war die Einbeziehung Großbritanniens, Dänemarks und Irlands 1973.

Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Ansätze einer gemeinsamen Außenpolitik. Die „Europäische Politische Zusammenarbeit“ als Institution war dabei weniger entscheidend als praktische Absprachen zum KSZE-Prozess oder zur Nahost-Politik. Aus Äußerungen Schmidts und Genschers geht hervor, dass die BRD sich bei diesen Entwicklungen als treibende Kraft der EG betrachtete. Es ist zu vermuten, dass sie das zurecht tat!

Neben der Erweiterung der EG nach der Gleichung: mehr Staaten gleich mehr politisches (und ökonomisches) Gewicht, stand in den Folgejahren eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Plan. Enge Kooperation auch in außerökonomischen Fragen, dies führte zu Maastricht und der Gründung der Europäischen Union.

Dass es dabei um weltpolitischen Einfluss ging, mittlerweile auch darum, den USA gegebenenfalls Paroli bieten zu können, mögen folgende nachträgliche Betrachtungen Schmidts dokumentieren:

„Solange Westeuropa sich nicht zu einem gesamtstrategischen Entwurf durchringen und diesen geschlossen vertreten kann, wird es immer wieder mit amerikanischen Alleingängen konfrontiert werden.“ „Weil in den achtziger Jahren der (west-) europäische Einigungsprozess ins Stocken geraten ist, schrumpfte auch das weltweite Gewicht Europas. ... Wenn es dabei bleiben sollte, werden die Weltmächte uns auch weiterhin dominieren.“

Eine neue Situation trat mit dem Abtritt der einen Weltmacht und der deutschen Vereinigung ein. Für das neue Deutschland taten sich unerwartete Möglichkeiten auf: Der Osten war frei für deutsches Kapital! Entsprechend wuchsen deutsche Ansprüche auf weltweiten Einfluss, „gestiegene Verantwortung“ heißt das üblicherweise. Es traten Kerneuropa-Konzepte auf, die erstaunlich ähnlich wie frühere Entwürfe klingen.

Ich gehe hier nur auf die Fischerrede in der Humboldt-Uni des Jahres 2000 ein, weil der aktuelle Außenminister seine Europavision in tatsächliche Politik umzusetzen versucht. Nicht verschwiegen werden soll dabei aber, das sehr ähnliche Standpunkte bereits 1994 von Schäuble und Lamers für die CDU vorgetragen wurden. Was zeigt, dass sich die etablierten Parteien in der Europapolitik weit einiger sind, als es ihre öffentlichen Schaukämpfe glauben machen sollen. Erweiterung einerseits, Festigung und Vertiefung des Staatenbundes andererseits lägen „gerade für Deutschland im ober-

sten nationalen Interesse“, so Fischer. Die Verfestigung Fischerscher Provenienz tendiert zu einem Staat Europa, um „den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation..., ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben“. Die meisten Parlamentarier würden natürlich von dem Land mit den meisten Einwohnern gestellt. Einstweilen geht es dabei um weitergehende Mehrheitsentscheidungen, die auch gegen nationale Souveräne durchzusetzen



Karikaturen aus „Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg“, GNN-Verlag Schkeuditz

seien. Da komme es „ganz entscheidend auf Frankreich und Deutschland“ an. Und: Entweder machen die kleinen und mittleren Staaten dabei mit, oder „eine kleine Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde (wird) diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravitationszentrum ... bilden“. Anders ausgedrückt: Die Unwilligen würden vom Kern angezogen, oder was heißt Gravitation sonst?

Über die Richtung, in die Europa gehen soll, besteht mit Frankreich mittlerweile Einigkeit (nicht im Detail, Streitpunkt hier: Entscheidungen über Ministerrat oder Europaparlament).

Eine eigenständige Außenpolitik zeigten die beiden EU-Führungsmächte anlässlich des Irak-Kriegs. Umso schwerer wogen da die Solidaritätserklärungen v.a. der Beitrittskandidaten mit den USA. Deutschland und Frankreich fanden an einem ganz entscheidenden Punkt ihrer anvisierten Politik einen unerwarteten Widerspruch. Nur daraus erklärt sich die entlarvende Beschimpfung dieser Staaten durch Chirac.

Aktuell schwankt man zwischen dem energischen Vorantreiben der Einigung in Fischers Richtung und als Alternative dem Aufbau eines Kerneuropas, das zunächst allein voranschreitet. Das einstweilige Scheitern der europäischen Verfassung ist für die Bundesregierung ein unerwarteter Rückschritt, Fischer droht mit Konsequenzen: „Diejenigen, die weitergehen wollen ..., werden weiterge-

hen, wenn die Verfassung scheitert. Sie werden es um so entschiedener tun, je weniger sie daran glauben, daß dieses Europa als Ganzes handlungsfähige Strukturen bekommt. Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zur Zeit erleben.“

■ Anstelle eines Resümees

Ich möchte an dieser Stelle keine Bilanz ziehen, sondern mit einer kurzen Überlegung zur Bedeutung der referierten Geschichte schließen. Ich bin durchaus der Meinung, dass Fischer und Schäuble die genannten Konzeptionen mindestens in groben Zügen bekannt sind. Ich glaube aber nicht, dass ihre heutige Politik diese einfach adaptiert und nachahmt - so ähnlich sich die verschiedenen „Visionen“ auch ausnehmen. Nicht Rathenau, Naumanns und anderer Entwürfe sind der Beweggrund der heutigen deutschen Außenpolitik. Eine - wie auch immer gestaltete - Einbindungspolitik seinen Nachbarn gegenüber erweitert die materielle Basis für das Kapital und liegt daher für einen kontinentalen imperialistischen Staat nahe. Insofern wird die jetzige deutsche Außenpolitik nicht deshalb verfolgt, weil sie die „traditionelle deutsche Expansionsrichtung“ ist. Diese Richtung wird einzig deshalb eingeschlagen, weil sie Erfolg verspricht. Gemachte historische Erfahrungen mit einer vergleichbaren politischen Stoßrichtung werden von Politik- und Kapitalstrategen zum Zwecke der Verbesserung, i.S. einer Effektivierung politischer Vorgehensweisen ausgewertet. Absehbare erneute Opfer dieser Politik werden billigend in Kauf genommen.

Unsere Analysen historischer Vorläufer dienen daher nicht einer „Vorhersage“ kommender Ereignisse, sondern nützen auf andere Weise: Jede Politik heutzutage spricht sich so aus, dass sie in des Bürgers Ohren ungefährlich und gemäßigt, wenn nicht gar humanistisch klingt. Das war nicht immer so, manchmal aber doch. Während es stets schwierig ist, gegenwärtige friedlich klingende Ideologien glaubwürdig zu dekonstruieren, gelingt das bei historischen Vorgängern eher - der zeitlichen Distanz, aber auch des jeweiligen überprüfbaren Ergebnisses wegen.

Antiimperialisten können mittels Analogieschlusses den heutigen Imperialismus schärfer analysieren und plausibler kritisieren. Aber erst, wenn es gelingt, Erkenntnisse der historischen Untersuchung mit aktuellen Ideologien und Diskursen, politischen Ereignissen und Planungen zu verknüpfen, wäre für die Auseinandersetzungen mit dem „eigenen“ Imperialismus, für den Kampf gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung etwas geleistet.